Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Teil 1:	
Die Berichtspflichten im internationalen Klimaregime	5
A. Der Rechtsrahmen der Emissionsberichterstattung	5
I. Entwicklung des internationalen Klimaregimes	5
a. Verabschiedung der Klimarahmenkonvention	6
b. Erarbeitung und Annahme des Kyoto-Protokolls	7
c. Beschlüsse der Folgekonferenzen	8
d. Verhandlungen über weitere Abkommen	10
e. Fachliche Unterstützung durch den zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen	12
II. Aufbau des Klimaregimes und völkerrechtliche Einordnung seiner Bestandteile	16
a. Abgestufter Aufbau in mehreren Völkerrechtsverträgen	16
b. Weitere Ausgestaltung der Regelungen durch die Vertragsorgane ...	19
1. Rechtscharakter und Verbindlichkeit der Beschlüsse der Vertragsorgane	19
2. Bedeutung und Wirkung von „soft law“	22
c. Berichte zur Festlegung von Methoden des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen	24
d. Zwischenergebnis	25
III. Inhaltliche Ausgestaltung des internationalen Klimaregimes	26
a. Inhalt der Klimarahmenkonvention	26
b. Inhalt des Kyoto-Protokolls	28
1. Verpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll	29
2. Instrumente des Kyoto-Protokolls	31
(a) Einführung von Emissionseinheiten als Grundlage für die Nutzung der Instrumente	31
(b) Die flexiblen Mechanismen	32
(1) Die gemeinsame Umsetzung	33
(2) Mechanismus für eine umweltverträgliche Entwicklung	34
(3) Der internationale Emissionshandel	35
(c) Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft	36
3. Berichterstattung	38

(a)	Ergänzung der Berichtspflichten der Klimarahmenkonvention durch das Kyoto-Protokoll.....	38
(b)	Verhältnis des Berichterstattungssystems zu den Instrumenten des Kyoto-Protokolls	39
4.	Überprüfung von Berichten und Erfüllungskontrolle.....	41
5.	Inkrafttreten.....	41
IV.	Berichterstattung der Europäischen Union	42
a.	Unionsrechtliche Umsetzung des internationalen Klimaregimes	43
b.	Pflicht der Mitgliedstaaten zur Berichterstattung gegenüber der EU	45
c.	Rechtscharakter und Verbindlichkeit der unionsrechtlichen Berichtspflichten	46
B.	Das System der Berichterstattung durch die Anlage I-Parteien	47
I.	Pflicht zur Einrichtung eines „nationalen Systems Emissionen“ als Rahmen für die Berichterstattung.....	51
II.	Pflicht zur Einrichtung eines „nationalen Registers“ zur Abwicklung der Transaktionen	54
III.	Berichtspflichten.....	56
a.	Der Anfangsbericht.....	56
b.	Die nationalen Inventare	58
1.	Grundzüge der Emissionsberechnung	61
2.	Methodische Vorgaben aus den Berichten zur Festlegung von Methoden des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen.....	64
3.	Vorgaben zu Inhalt und Aufbau der nationalen Inventare	66
c.	Bericht über den zusätzlichen Zeitraum	69
d.	Zwischenergebnis.....	70
e.	Nationale Mitteilungen	70
1.	Konkretisierung der Berichtspflicht durch Leitlinien.....	71
2.	Inhalt der nationalen Mitteilungen.....	71
f.	Bericht über nachweisbare Fortschritte	73
g.	Der Zweijahresbericht über Fortschritte bei der Erreichung von Emissionsminderungen	74
h.	Zwischenergebnis.....	75
C.	Überprüfung der Berichte	75
I.	Ziel der Überprüfung.....	76
II.	Rechtsgrundlagen der Überprüfung	77
III.	Gemeinsame Grundsätze	78
IV.	Ablauf der Überprüfungen durch die sachkundigen Überprüfungsgruppen.....	79

V.	Die Regelungen unter der Klimarahmenkonvention.....	80
VI.	Ergänzung und Erweiterung der Regelungen durch das Kyoto- Protokoll	81
a.	Anpassung der nationalen Inventare	83
b.	Korrekturen der verfügbaren zugeteilten Menge an Emissionseinheiten.....	84
VII.	Zwischenergebnis	84
D.	System der Erfüllungskontrolle des Kyoto-Protokolls	84
I.	Der Einhaltungsausschuss	85
a.	Unterstützungsabteilung.....	86
b.	Durchsetzungsabteilung.....	87
II.	Fälle der Nichterfüllung	88
a.	Nichterfüllung der Emissionsminderungsverpflichtung.....	88
b.	Nichterfüllung der methodischen Pflichten und der Berichtspflichten	89
c.	Nichterfüllung der Voraussetzungen für die Teilnahme an den flexiblen Mechanismen	89
III.	Zwischenergebnis	91
E.	Pflichten der Nicht-Anlage I-Parteien.....	92
F.	Zusammenfassung und Bewertung	93

Teil 2:

	Die Umsetzung der internationalen Vorgaben – das Berichtssystem in Deutschland	99
A.	Kriterien zur Bestimmung der Anforderungen an die deutsche Emissionsberichterstattung	99
B.	Das deutsche nationale System nach Artikel 5 Absatz 1 KP.....	100
I.	Festlegung der Hauptquellgruppen	101
II.	Wahl der Berechnungsmethoden.....	102
III.	Auswahl und Erhebung der Ausgangsdaten.....	103
IV.	Übermittlung von Daten als wesentliche Voraussetzung für die deutsche Berichterstattung	104
a.	Bundesstatistiken und Daten des Statistischen Bundesamts als Datenquelle	104
b.	Weitere Datenquellen.....	105
V.	Zusammenführung der Ausgangsdaten in einer Datenbank	105
VI.	Datenverarbeitung und Emissionsberechnung	106
VII.	Zusammenstellung der nationalen Inventare und des nationalen Inventarberichts sowie Qualitätskontrolle.....	108

VIII. Übermittlung der Jahresinventare an die EU-Kommission und das Sekretariat des internationalen Klimaregimes.....	109
IX. Zwischenergebnis.....	109
C. Forschungsaufgaben im Rahmen der nationalen Mitteilungen	109
D. Vor- und Nachteile einer Übermittlung von Daten in tatsächlicher Hinsicht	111
E. Prüfungsgegenstand: Übermittlung von Daten des Statistischen Bundesamts an das Umweltbundesamt.....	112
I. Betroffene Daten des Statistischen Bundesamts	114
II. Weitergehende Verwendungsmöglichkeiten.....	115
a. Wissenschaftliche Forschung.....	115
b. Planungsaufgaben und Vorbereitung von Rechtsvorschriften	116
c. Vollzug von Gesetzen	116

Teil 3:

Vereinbarkeit einer Übermittlung von Daten mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung juristischer Personen.....	119
A. Eröffnung des Schutzbereichs im Falle der Übermittlung von Daten juristischer Personen zu Zwecken der Emissionsberichterstattung	119
I. Juristische Personen des Privatrechts als einzig betroffene Grundrechtsträger	119
II. Auslegung der Grundsätze des Artikel 19 Absatz 3 GG mit Blick auf die Emissionsberichterstattung.....	121
a. Grundrechtsschutz für juristische Personen des europäischen Auslands nach Artikel 19 Absatz 3 GG.....	121
b. Die Wesensklausel des Artikel 19 Absatz 3 GG	125
c. Die Eigenart des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	128
1. Entwicklung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zu einem Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	129
2. Einzelne Aspekte des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	131
3. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	135
III. Der Streit um die Einbeziehung juristischer Personen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	142
a. Die Rechtsprechung des BGH	142
b. Die verschiedenen Positionen der Literatur.....	144
c. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	147
d. Abwägung der Argumente im Einzelnen.....	149
1. Bedeutung des Menschenwürdegehalts des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	149

2.	Vergleichbare Gefährdungslage	152
3.	Kein hinreichender Schutz durch andere Grundrechte	154
4.	Umdeutung zu einem Funktionsschutz?	157
5.	Zwischenergebnis	158
e.	Umfang des grundrechtlichen Schutzes juristischer Personen	158
1.	Grundrechtsschutz zur Verwirklichung eines Zwecks	158
2.	Schutz von Unternehmensdaten durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	160
(a)	Beschränkung des Schutzgegenstands auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse?	161
(b)	Eingriffsbezogener Schutzgegenstand	162
3.	Schutzniveau des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung juristischer Personen	164
(a)	Unantastbarer Intimbereich	164
(1)	Grundrechtlicher Schutz von Daten aus dem Wirtschaftsleben	165
(2)	Unterschied in der Schutzrichtung	166
(b)	Unterschied im Schutzniveau	167
f.	Zwischenergebnis	169
g.	Übertragung auf die Maßnahmen zur Emissionsberichterstattung ..	170
IV.	Das Datum als Schutzgegenstand des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	171
a.	Einordnung der Begriffe Daten und Informationen	171
b.	Bedeutung des Einzelbezugs eines Datums	173
c.	Einzelangaben	175
1.	Unterscheidung von Hilfsmerkmalen und Erhebungsmerkmalen	175
2.	Das Statistikgeheimnis des § 16 Absatz 1 BStatG	176
3.	Einzelangaben ohne konkreten Einzelbezug	176
4.	Bezug von Einzelangaben zu mehreren Dateninhabern	177
5.	Zwischenergebnis	178
d.	Offenkundige Tatsachen und allgemein zugängliche Quellen	178
e.	Anonymisierung	180
1.	Vollständige Anonymisierung	181
2.	Formale Anonymisierung	182
3.	Faktische Anonymisierung	183
4.	Terminologie des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil	185
5.	Zwischenergebnis	187
f.	Unterscheidung von Innen- und Außenanonymisierung	187

g.	Anonymisierungsmethoden	188
1.	Verfahren der Informationsreduktion	189
2.	Verfahren der Informationsveränderung	190
h.	Aggregation von Einzeldaten.....	190
i.	Sonderfälle	191
1.	Unterscheidung von metrischen und kategorialen Daten	192
2.	Die so genannte Tabellen-Eins	192
3.	Zusammenfassung von zwei Einzelangaben	193
4.	Dominanzfälle.....	193
5.	Umgang mit den Sonderfällen	195
6.	Zwischenergebnis	195
j.	Besonderheiten in Bezug auf die Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Daten.....	196
k.	Einordnung der Daten der Emissionsberichterstattung	198
B.	Eingriff in den Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung juristischer Personen.....	200
I.	Übermittlung von Daten des Statistischen Bundesamts an das Umweltbundesamt	201
II.	Verarbeitungsmaßnahmen.....	202
C.	Rechtfertigung	202
I.	Exkurs: Übermittlung statistischer Daten auf der Grundlage der Regelungen des Bundesstatistikgesetzes.....	203
a.	Ausnahmen vom Statistikgeheimnis des § 16 Absatz 1 Satz 1 Bundesstatistikgesetz	204
1.	Datenübermittlung nach § 16 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1-4 Bundesstatistikgesetz	204
2.	Die Ausnahmen des § 16 Absatz 2 Bundesstatistikgesetz	208
3.	Die Ausnahme des § 16 Absatz 3 Bundesstatistikgesetz	209
4.	Die Ausnahmen des § 16 Absatz 4 und 5 Bundesstatistik- gesetz	209
5.	Die Ausnahme des § 16 Absatz 6 Bundesstatistikgesetz	209
b.	Zwischenergebnis zum Exkurs	212
II.	Rechtsgrundlage zur Übermittlung von Daten.....	212
a.	Das Volkszählungsgesetz 1983.....	213
b.	Die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil	222
1.	Der Grundsatz der Trennung von Statistik und Vollzug	216
2.	Der Grundsatz der Zweckbindung.....	217
3.	Vereinbarkeit der Zwecke als zentrales Kriterium	218
4.	Besondere Anforderungen an statistische Tätigkeit	221

5.	Zwischenergebnis	221
c.	Übertragung der Grundsätze auf eine Datenübermittlung zu Zwecken der Emissionsberichterstattung	222
1.	Anwendung des Grundsatzes der Zweckbestimmung und Zweckbindung.....	222
(a)	Definition statistischer Zwecke in Abgrenzung zu Verwaltungsvollzugszwecken	223
(b)	Emissionsberichterstattung als statistischer Zweck?.....	226
(1)	Erstellung der nationalen Inventare	226
(2)	Wissenschaftliche Forschung	230
(3)	Zwischenergebnis	231
d.	Zweckveränderung.....	231
1.	Zweckveränderung bei statistischen Daten?.....	232
2.	Vereinbarkeit der Zwecke.....	233
(a)	Erstellung der nationalen Inventare	234
(b)	Wissenschaftliche Forschung	235
(c)	Zwischenergebnis	236
3.	§ 1 Satz 6 Bundesstatistikgesetz	237
e.	Grundrechtliche Schutzvorkehrungen bei statistischer Tätigkeit	237
1.	Geheimhaltung der Daten	238
2.	Frühestmögliche Anonymisierung.....	239
3.	Abschottung der Statistik.....	241
(a)	Die Regelung des § 9 Absatz 3 Volkszählungsgesetz 1983 und ihre Konsequenzen.....	242
(b)	Abschottung auf anderen Ebenen als der Gemeindeebene?	243
(c)	Beispiele einer Datenübermittlung ohne Abschottung.....	245
(1)	§ 16 Absatz 4 Bundesstatistikgesetz.....	245
(2)	§ 98 Absatz 4 Agrarstatistikgesetz	247
(3)	§ 22 Absatz 1 Zensusgesetz 2011	249
(4)	Zwischenergebnis	250
(d)	Besonderheiten im Falle der Emissionsberichterstattung.....	250
(1)	Abschottung bei Zweckveränderung	250
(2)	Berücksichtigung der praktischen Anforderungen der Emissionsberichterstattung	251
(3)	Zwischenergebnis	252
f.	Verhältnismäßigkeit	252
1.	Legitimes Ziel der Regelung.....	252
2.	Geeignetheit	253
3.	Erforderlichkeit	253
(a)	Zuweisung an nur eine von beiden Behörden.....	254

(1) Zuweisung der Aufgaben der Emissionsberichterstattung an das Statistische Bundesamt	254
(2) Zuweisung der Aufgaben der Emissionsberichterstattung an das Umweltbundesamt	255
(3) Zwischenergebnis	256
(b) Aufteilung der Aufgaben zwischen den beiden Behörden	257
(c) Zwischenergebnis	258
4. Angemessenheit	259
(a) Gewichtung der widerstreitenden Interessen	259
(b) Schutzvorkehrungen zur Milderung des Eingriffs.....	261
(1) Normenbestimmtheit	261
(2) Erforderlichkeit einer Abschottung?.....	263
aa. Stellung des Umweltbundesamts im Staatsaufbau	264
bb. Bewertung der konkreten grundrechtlichen Schutzanforderungen	265
cc. Zwischenergebnis	269
D. Ergebnis.....	269
 Teil 4:	
Die Regelungen des Dritten Mittelstands-entlastungsgesetzes	271
A. Gegenstand der Regelungen.....	271
B. Zweckbestimmung	272
C. Abschottung	274
D. Ermächtigung des Umweltbundesamts zur Verwendung der Daten zu Zwecken der Emissionsberichterstattung.....	275
E. Ergebnis.....	276
 Teil 5:	
Übermittlung von Daten zu weiteren denkbaren Zwecken	279
A. Zweckveränderung	281
I. Vereinbarkeit der Zwecke	281
II. Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit.....	285
B. Verhältnismäßigkeit	293
 Zusammenfassung der Ergebnisse	291
Schlussbetrachtung	297

Literaturverzeichnis..... 299
Presseverzeichnis..... 315
Abkürzungsverzeichnis 319